

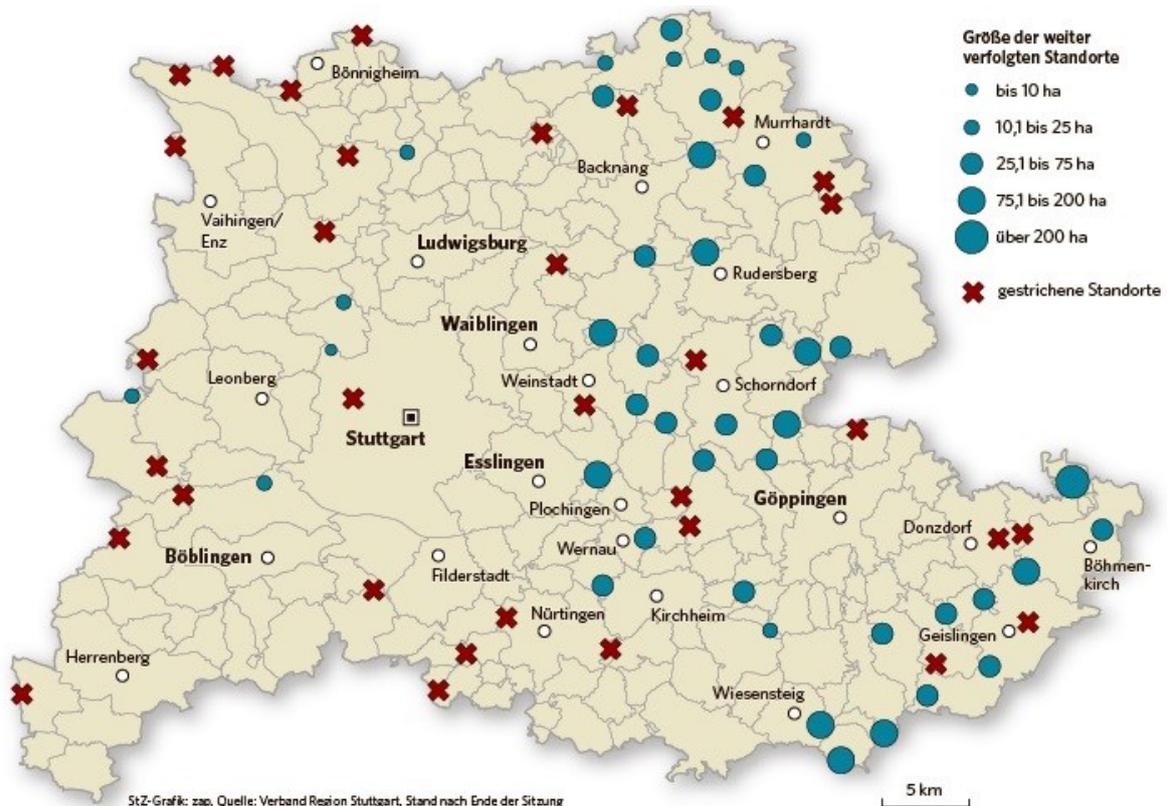
<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.verband-region-stuttgart-am-ende-bleiben-44-windkraftflaechen-uebrig.5044b1b2-f6cc-4ca4-ae80-abdb72830754.html>

Verband Region Stuttgart

Am Ende bleiben 44 Windkraftflächen übrig

Von Thomas Faltin 16. September 2015 - 21:04 Uhr

Der Verband Region Stuttgart hat 44 Flächen für Windräder ausgewiesen. Der Standort im Stuttgarter Tauschwald fiel weg. Andere umstrittene Flächen blieben aber.



Fast jeder zweite Windkraft-Standort in der Region Stuttgart wurde von der Liste gestrichen. *Quelle: Regionalverband*

Stuttgart - Nach vierjähriger Planungszeit und nach einer letzten Marathonsitzung mit mehr als vier Stunden am Mittwoch hat der Verband Region Stuttgart nun weitgehend festgezurr, wo künftig Windräder gebaut werden dürfen. Von den im Jahr 2012 ursprünglich 96 ins Visier genommenen Flächen sind nun 44 übrig geblieben; der Planungsausschuss hat allein am Mittwoch nochmals 33 gestrichen (siehe Karte). Die letzte Entscheidung fällt in zwei Wochen in der Regionalversammlung. Es wird allerdings höchstens noch kleinere Korrekturen geben.

Über jeden Standort ist einzeln abgestimmt worden, wobei Grüne, SPD und Linke die meisten der verbliebenen Standorte befürworteten – sie ernteten deshalb viele Buhrufe von den etwa 150 Zuhörern im Silchersaal der Liederhalle. Es gab aber auch Befürworter unter den Bürgern.

Der Tauschwald in Stuttgart, wo die Stadtwerke Stuttgart zwei Windräder bauen wollten, fiel dabei mit zwölf von 32 Stimmen sehr deutlich durch – es werden dort nun definitiv keine Windräder gebaut. Dagegen bleibt die sehr umstrittene Buocher Höhe bei Korb (Rems-Murr-Kreis) als Vorranggebiet für Windkraft erhalten – die Abstimmung fiel nach langer Diskussion mit 17 zu 15 Stimmen sehr knapp aus. Dort hatten sich zahlreiche Bürger engagiert.

Auf der Agenda bleibt auch ein großes Gebiet auf dem Schurwald (im Verwaltungsjargon trägt es die Nummer ES-03), obwohl dort EnBW und Stadt Esslingen nach einer Windmessung einen Rückzieher gemacht hatten. An anderer Stelle auf der Fläche blase vielleicht mehr Wind, so die Argumentation. Einstimmig fiel ein Gebiet zwischen Nürtingen und Kirchheim/Teck (ES-08) weg, weil neue Erkenntnisse aufgetaucht waren. Beschlossen wurde auch, dass auf der Fläche bei Ingersheim (Kreis Ludwigsburg), wo bereits ein Windrad steht, kein zweites gebaut werden darf. Einige Gebiete wurden verkleinert, um benachbarte Gemeinden oder Einzelgehöfte besser zu schützen (GP-01, GP-03, GP-25, WN-34). In den windschwachen Kreisen Ludwigsburg und Böblingen wurden nur vier von 15 Standorten beibehalten.

Landkreis Göppingen überfrachtet?

Im Welzheimer Wald, auf dem Schurwald und auch am Göppinger Altrauf ist dagegen eine Ballung von Standorten geblieben – gerade die Bürgerinitiativen auf dem Schurwald können nicht zufrieden sein. Dem CDU-Regionalrat und ehemaligem Bürgermeister von Böhmenkirch, Jürgen Lenz, platzte im Laufe der langwierigen Debatte sogar der Kragen: Die anderen Fraktionen muteten dem Landkreis Göppingen eine Überfrachtung zu, die die Gemeinden nicht tragen könnten. „Das ist unverantwortlich, was Sie da tun“, rief er den befürwortenden Fraktionen zu.

Tatsächlich kann es aber in den drei angesprochenen Gebieten am 30. September in der Regionalversammlung noch zu der einen oder anderen Streichung kommen. Denn jetzt, nachdem die verbliebenen Standorte klar sind, wollen sich alle Fraktionen das „Gesamtableau“ nochmals anschauen: Damit keine Gemeinde umzingelt werden könnte mit Windrädern, will man eventuell in zwei Wochen nochmals nachbessern. Vermutlich handelt es sich dabei aber um nur zwei oder drei Standorte, die noch wegfallen könnten.

Freie Wähler haben den Ausschlag gegeben

Die CDU hatte sich in der Debatte für einen maßvollen Ausbau der Windkraft ausgesprochen, um Mensch und Landschaft in der Region Stuttgart zu schonen – nach ihrem Willen hätten es 30 Standorte werden sollen. „Windräder sind ein enormer Eingriff in die Landschaft“, so Jürgen Lenz: „Wir wollen deshalb diese Eingriffe nur dort, wo sie sich wirklich lohnen.“ Die FDP-Fraktion wäre noch weiter gegangen und hat nur 14 Standorten zugestimmt.

Die Grünen, die SPD und die Linke wollten dagegen auch windschwache Standorte auf der Liste lassen, damit auch Bürgergenossenschaften, für die die Rendite nicht so wichtig sei, zum Zug kommen könnten. Dorothee Kraus-Prause sagte, es sei in dem mehrjährigen Verfahren auf vielfältige Weise abgewogen und viele Standorte schon ausgeschieden worden; insofern könne von einer Maximalkulisse keine Rede mehr sein. Wer die Energiewende wolle, müsse sich an den Anblick von Windrädern gewöhnen. Matthias Hahn (SPD) betonte, er habe nicht den Eindruck, dass Windräder die Landschaft verschandelten, wenn man sie richtig platziere. Die SPD hätte gerne 59 Standorte beibehalten, die Linke sogar 73. So waren wie erwartet oft die Freien Wähler die ausschlaggebende Fraktion, die sich für 48 Standorte aussprachen. Es wurden am Ende 44 Flächen. „Wir wollen Optionen offen halten“, sagte Regionalrat Wilfried Wallbrecht: „Windräder sind kein Allheilmittel, aber eine wichtige Ergänzung bei der Energiewende.“

1000 Windräder müssten noch gebaut werden

Im späteren konkreten Genehmigungsverfahren für einzelne Windräder wird es wahrscheinlich dazu kommen, dass weitere Standorte nicht bebaut werden können. Auch haben die Flugsicherung und der Deutsche Wetterdienst bei einigen Standorten immer noch ein Veto eingelegt; es ist offen, wie die Prüfung ausgeht. Dennoch kann man schätzen, dass am Ende in der Region Stuttgart Flächen für vielleicht 200 Windräder zur Verfügung stehen werden. Im Moment erzeugen in der Region etwa 30 Anlagen Energie, im gesamten Baden-Württemberg sind es etwa 400 Windräder. Das Ziel des Landes ist es, bis 2020 zehn Prozent des Energiebedarfs aus Windkraft zu decken. Dazu müssten noch rund 1000 Windräder gebaut werden.

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.windkraft-region-stuttgart-es-bleibt-eine-unwucht.29c5a321-337e-427a-bbe1-ee720cbf706c.html>

Kommentar von Thomas Faltin

Windkraft Region Stuttgart

Es bleibt eine Unwucht

Von [Thomas Faltin](#) 17. September 2015 - 16:34 Uhr

Die Region übernimmt einen sehr großen Anteil am Ausbau der Windkraft im Land. Doch einige Gegenden könnten mit Windrädern überfrachtet werden, kommentiert der StZ-Redakteur Thomas Faltin.

Stuttgart - Die Energiewende wollen alle, die Windräder aber fast niemand – dieses Dilemma mussten die 32 Regionalräte, die für ihre Parteien im Planungsausschuss des Verbandes Region Stuttgart sitzen, am Mittwoch ausbaden. Am Ende steht ein fast lupenreiner Kompromiss: Von den anfänglich 96 und zuletzt 77 Standorten sind nun 44 übrig geblieben. Es hat sich dabei gezeigt, dass die sehr unterschiedlichen Haltungen der Fraktionen zu einem Ausgleich geführt haben, keine konnte sich völlig durchsetzen. Manchmal funktionieren politische Debatten also.

Aber wie ist das Ergebnis denn nun zu bewerten? Im Vergleich zur Ausgangslage sind die Standorte natürlich auf weniger als die Hälfte verringert worden, und so konnten viele Bürger, die ihr Eigeninteresse vertraten und kein 200 Meter hohes Windrad in Sichtweite haben wollten, am Mittwoch aufatmen. Im Vergleich zu anderen Regionen in Baden-Württemberg aber trägt die dicht besiedelte Region Stuttgart immer noch eine überproportional große Last. So hat die weitaus windreichere Region Heilbronn-Franken nur 26 Standorte für Windräder ausgewiesen. Es bleibt eine Unwucht. Oder positiv formuliert: Jedenfalls hat die Region deutlich mehr geliefert als der geforderte „substanzielle Beitrag“, wie die Landesregierung es gerne formuliert.

Viele Fragen bleiben offen

Daneben muss, wenn die erste Übersicht nicht trügt, in manchen Gebieten der Region noch nachgebessert werden. Es scheint, als ob vor allem der Schurwald und der Albtrauf im Landkreis Göppingen mit Windrädern überfrachtet werden könnten.

Im Übrigen werden die Diskussionen weitergehen. Denn in der Sitzung des Planungsausschusses mussten so viele Standorte diskutiert werden und die Fraktionen mussten so viele Kriterien abwägen, dass oftmals gar nicht mehr klar war, warum eine Fläche jetzt abgelehnt worden ist und eine andere auf der Liste blieb. Die Fraktionen hätten ihre Haltung schriftlich fixieren sollen – doch nur CDU und FDP haben dies getan. So bleiben viele Fragen offen.